

Dokumentationsstelle

» Menschenrechtsverletzungen an der Grenze «

Antirassistische Initiative e.V.
Berlin
ARI

Tel. +49-30-785 72 81, Fax. ...786 99 84

Forschungsgesellschaft
Flucht und Migration e.V.
FFM

Tel. +49-30-693 56 70, Fax. ...693 83 18

Gneisenastr.2a
10961 Berlin

Die Dokumentationsstelle „Menschenrechtsverletzungen an der Grenze“ wurde im April 1995 als Gemeinschaftsprojekt der *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, FFM*, und der *Antirassistischen Initiative, ARI*, in Berlin gegründet. Seit Herbst 1995 arbeiten wir außerdem in einer Arbeitsgruppe des Flüchtlingsrats Brandenburg zur Situation an der deutsch-polnischen Grenze mit.

Hintergrund des Projekts ist die zunehmende Ausgrenzungs- und Abschottungspolitik der europäischen Staaten gegenüber Osteuropa. Besonders die Grenzen nach Polen und Tschechien sind seit dem Umbruch in Osteuropa zur Armutsgrenze geworden und zu einem neuen „Eisernen Vorhang“ ausgebaut worden. Über die alltäglichen Zurückweisungen und Abschiebungen erfährt die Öffentlichkeit wenig, über Übergriffe, Mißhandlungen sowie das Schicksal in den Grenzflüssen Ertrunkener sprechen die Erfolgsmeldungen des Bundesgrenzschutzes nicht. Nur selten wird über das Schicksal von Flüchtlingen, die in Containern auf dem Weg nach Osteuropa ersticken oder in der Neiße ertrinken, berichtet.

Erst wenn Menschenrechtsgruppen dem nachgehen, gelingt es manchmal, die Folgen der Abschottungspolitik an die Öffentlichkeit zu bringen.

Ein Beispiel:

Im August und September 1994 suchten MitarbeiterInnen unseres Projekts nach Menschen, von denen bekannt war, daß sie illegal über die Neiße nach Deutschland einreisen wollten und dabei verschwunden waren. Verwandte der vermißten Flüchtlinge, hatten uns um Hilfe gebeten, da sie schon seit Tagen auf ein Lebenszeichen warteten. Auf Anfrage, teilte uns der Bundesgrenzschutz mit, von keiner seiner Dienststellen seien besondere Vorkommnisse gemeldet worden. Erst aufgrund von Kontakten zu polnischen Behörden konnten wir herausfinden, daß sechs der Vermißten Anfang September auf polnischer Seite am Auffanggitter eines Elektrizitätswerkes in Zasieki tot aufgefunden worden waren. Ebenfalls von den polnischen Behörden erfuhren wir, daß der Bundesgrenzschutz bei Forst bereits einen Ertrunkenen geborgen hatte.

Die Toten gehörten zu einer Gruppe von 22 Flüchtlingen, die in der Nacht vom 27. zum 28. August versucht hatten, unerkannt über die Neiße nach Deutschland zu gelangen.

Obwohl der Bundesgrenzschutz - wie sich später herausstellte - von dem Unglück gewußt haben muß, wurde uns jede Auskunft verweigert.

Auch auf eine zweite Anfrage, ob es zuvor bereits zu solchen Vorfällen gekommen ist, erhielten wir keine Antwort. Erst als sich die ARD dafür interessierte und im Oktober eine Dokumentation über unsere Recherche zeigte, sah sich der Bundesgrenzschutz gezwungen, eine Liste der Ertrunkenen zu veröffentlichen, aus der hervorging, daß alleine 1994 in der Neiße 14 Menschen ertrunken waren. Anfang 1996 teilte der BGS mit, daß 1995 insgesamt 10 Tote in Oder und Neiße gefunden wurden.

Offensichtlich hat der Bundesgrenzschutz kein Interesse, die Öffentlichkeit, über solche Ereignisse an der Grenze zu informieren. Denn es werden nur Vorfälle bestätigt, die zuvor bereits bekannt wurden.

Menschenrechtsverletzungen an der Grenze sind keine Ausnahmen oder Einzelfälle, sondern Folge der staatlichen Abschreckungs- und Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen. Wir werden deshalb die Aufrüstung an der Grenze dokumentieren, das Ausmaß der Flüchtlingsbewegungen und der Abschiebungen untersuchen und alltägliche Verhaftungen, Abschiebungen, Übergriffe sowie Informationen über Todesopfer an der Grenze dokumentieren.

Wir haben deshalb eine kontinuierliche Grenzbeobachtung begonnen. Dabei streben wir eine enge Kooperation mit Personen und Gruppen diesseits und jenseits der deutschen Ostgrenzen an und wollen uns vor allem auf Kontakte und Erkenntnisse vor Ort stützen.

Unsere Arbeit besteht in:

- der Dokumentation der alltäglichen grenzpolizeilichen Praxis,
- der systematischen Erfassung von Übergriffen auf GrenzgängerInnen,
- der Erfassung und Dokumentation der Opfer der staatlichen Abschottungspolitik.

Unser Projekt ist Teil einer europaweiten Initiative, dem antirassistischen Netzwerk, "UNITED for Intercultural Action", Amsterdam, in dem über 300 verschiedene Organisationen zusammengeschlossen sind. UNITED versucht seit Anfang März 1995 die Zahl und die Namen der Opfer zu sammeln und zu dokumentieren, die bei dem Versuch die Mauern um die „Festung Europa“ zu überwinden, gestorben sind. Innerhalb von nur zwei Monaten wurde die erschreckende Zahl von 137 Todesfällen an den Grenzen der EU ermittelt.

Berlin, Januar 1996